

Realitäten anerkennen. Energieversorgung ist Existenzsicherung.

Beschluss

des Kreisverbandsausschusses am 03.09.2022 in Leck:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieträger Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse verstärkt fördern.
- bei dem Ausbau und der Förderung der Windkraft soll der verstärkte Fokus beim Offshore in der Nordsee sowie dem Repowering der bestehenden Windkraftanlagen liegen.
- Eine Neuregelung der Verteilung von Gewerbesteuereinnahmen aus Offshore-Windparks unter Einbeziehungen und mit zu Gunsten von nächstgelegenen Landkreisen.
- bei dem weiteren Ausbau der Windkraftanlagen auf der Fläche die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, um die Akzeptanz für den notwendigen Ausbau zu erhöhen.
- Eine Überprüfung der Regionalplanung Wind mit dem Ziel, einen Leistungszuwachs von einem Gigawatt pro Jahr zu realisieren.
- sich für eine längere Nutzung der drei bestehenden Kernkraftwerke (Isar/Ohu 2, Emsland und Neckarwestheim 2) einzusetzen, um die Grundlastversorgung zu sichern.
- eine zeitnahe Prüfung zum Wiederaufstarten der abgeschalteten Kernkraftwerke in Deutschland zu befürworten
- alle politischen Ebenen aufzufordern, Energiesparpläne für öffentliche Gebäude zu entwickeln.
- den zeitnahen Ausbau und die verstärkte Förderung von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden in staatlicher Trägerschaft.
- ausdrücklich gegen die Nutzung und Öffnung der Gaspipeline von Nord Stream 2 aussprechen.
- alle Alternativen zur Gasversorgung durch die Zusammenarbeit mit demokratischen Staaten prüfen.
- den weiteren und zügigen Ausbau der LNG Infrastruktur in Schleswig-Holstein und Niedersachsen unterstützen.
- Alternativen zu CCS-Verfahren schaffen und fördern, die Co2 nachhaltig und effektiv binden, von wiedervernässten Mooren bis hin zu technischen Lösungen (z.B. auch Bioreaktoren)
- die Möglichkeiten zur Förderung von deutschen Gasvorräten müssen ideologiefrei und technologieoffen geprüft werden. In der Prüfung sollen die möglichen

Umweltrisiken ebenfalls abgewogen werden. Ein absolutes Verbot von Fracking ist in der aktuellen Situation abzulehnen.

Begründung:

In der aktuellen Energiekrise ist es von großer Bedeutung alle Möglichkeiten auf den Energiemarkt zu nutzen. Vor dem Hintergrund des anstehenden Winters sowie der kalten Jahreszeit hat die Versorgungssicherheit eine sehr hohe Priorität. Aufgrund von falschen politischen Entscheidungen in den letzten Jahren dürfen die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Monaten nicht frieren. Daher sind Ideologien und Überzeugungen aus den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zur Energieversorgung kritisch zu hinterfragen. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass alle verfügbaren Möglichkeiten zur Energieversorgung überprüft und sehr zeitnah entschieden werden müssen.

Neben einem schnelleren Ausbau von Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse haben die Kernkraftwerke in Deutschland zur Sicherstellung der Grundlastversorgung eine sehr wichtige Funktion. Daher ist in der aktuellen Situation sowohl der Weiterbetrieb der drei bestehenden Kernkraftwerke als auch der Nutzung der abgeschalteten Kernkraftwerke zu prüfen und anschließend zu fördern, um die Versorgungssicherheit im Winter sicherzustellen. Ebenfalls hat die Politik bei dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sowie bei Energiesparmaßnahmen eine Vorbildfunktion einzunehmen. Alle politischen Ebenen sollten jetzt aufgefordert werden Energiesparpläne zu entwickeln, um diese in den öffentlichen Gebäuden umzusetzen. Als weitere Maßnahme sind die politischen Ebenen aufgefordert den Ausbau auf allen öffentlichen Gebäuden voranzutreiben, um einen eigenen Beitrag zur Energieversorgung und den Ausbau der erneuerbaren Energien leisten zu können.

Eine besondere Herausforderung ist die deutsche Abhängigkeit beim Gas zu russischer Föderation. Daher braucht es sehr schnell Alternativen zu Russland. Diese Alternativen sind zeitnah zu überprüfen, um die Gasversorgung sicherzustellen. Die Nutzung und Öffnung der Gaspipeline von Nord Stream 2 ist dabei keine Option, die durch die Politik in Erwägung gezogen werden sollte. Neben der Förderung von Alternativen in der Gasversorgung durch die Zusammenarbeit mit demokratischen Staaten und den Ausbau der LNG Infrastruktur in Schleswig – Holstein und Niedersachsen ist es von weiterer Bedeutung, dass Deutschland ebenfalls die eigenen Möglichkeiten zur Förderung von Gasvorräten prüft. Das bedeutet auch, dass Fracking bei der Förderung von deutschen Gasvorräten thematisiert und ideologiefrei geprüft werden sollte. Dabei müssen die Umweltrisiken und mögliche Gefahren für das Trinkwasser oder dem Nationalpark Wattenmeer ebenfalls abgewogen werden. Ein absolutes Verbot ist in der aktuellen Situation abzulehnen.